

## **NIEDERSCHRIFT**

Gemeinsame Sitzung des Stadtbezirksrates Mitte und des  
Stadtbezirksrates Linden-Limmer am  
Montag, 18. Februar 2008, Rathaus, Hodlersaal

Beginn 19.00 Uhr  
Ende 22.35 Uhr

---

Anwesend:  
(verhindert waren)

### **Stadtbezirksrat Mitte**

Bezirksbürgermeisterin Eick	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Stellv. Bezirksbürgermeisterin Kuznik)	(SPD)
Bezirksratsherr Albrecht	(CDU)
Bezirksratsfrau Beimes	(DIE LINKE.)
Bezirksratsfrau Dr. Clausen-Muradian	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bezirksratsherr Engelke	(FDP)
Bezirksratsherr Gerberding	(SPD)
Bezirksratsherr Dr. Hahn	(CDU)
Bezirksratsherr Hammermeister	(SPD)
Bezirksratsherr Haude	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Bezirksratsfrau Heber)	(SPD)
Bezirksratsfrau Holz	(CDU)
Bezirksratsherr Jautz	(SPD) ab 19.15 Uhr
(Bezirksratsfrau Konopinska)	(CDU)
(Bezirksratsherr Lips)	(SPD)
Bezirksratsfrau Mc Court	(FDP) ab 19.50 Uhr
Bezirksratsherr Nebendahl	(BÜNDN. 90/DIE GRÜNEN) ab 21.00 Uhr
Bezirksratsfrau Palma-Ricardo	(SPD)
Bezirksratsherr Prokisch	(CDU)

### **Beratende Mitglieder:**

(Ratsfrau Barth)	(CDU)
(Ratsherr Degenhardt)	(SPD)
(Ratsherr Garbe)	(SPD)
(Ratsherr Krstic)	(DIE LINKE.)
(Ratsherr Dr. med. Tilsen)	(FDP)
Ratsfrau Westphely	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Stadtbezirksrat Linden-Limmer**

Bezirksbürgermeisterin Knoke	(SPD)
Stellv. Bezirksbürgermeister Grube (Bezirksratsfrau Baumgart)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (SPD)
Bezirksratsfrau Bolzek (Bezirksratsherr Drömer)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (SPD)
Bezirksratsherr Eggers	(CDU) 19.00 - 22.00 Uhr
Bezirksratsherr Frank	(SPD)
Bezirksratsherr Hadasch	(BSG)
Bezirksratsherr Horstmann	(SPD)
Bezirksratsfrau Kleinhüchelkotten (Bezirksratsherr Köhn)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (CDU)
(Bezirksratsherr Kuntze)	(FDP)
Bezirksratsherr Mallast	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bezirksratsherr Meyer (Bezirksratsfrau Otte)	(DIE LINKE.) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Bezirksratsfrau Rose)	(DIE LINKE.)
Bezirksratsfrau Schlätel	(SPD)
(Bezirksratsfrau Schweingel)	(SPD)
Bezirksratsfrau Steingrube (Bezirksratsfrau Tholen)	(CDU) (SPD)
Bezirksratsherr Zielke	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Beratende Mitglieder:**

(Ratsfrau Edenuizen)	(SPD)
(Beigeordnete Kastning)	(SPD)
(Ratsherr List)	(Gruppe Hannoversche Linke)
Ratsherr Mineur	(SPD)
(Ratsherr Nikoleit)	(Gruppe Hannoversche Linke)
(Beigeordneter Schlieckau)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Ratsherr Seidel)	(CDU)

### **Gäste:**

Herr Eggelsmann (Harzwasserwerke GmbH)  
(zu TOP 3)

### **Verwaltung:**

Frau Bergerstock	(FB Umwelt und Stadtgrün)
Herr Kuczma	(FB Umwelt und Stadtgrün)
Herr Pohl	(FB Tiefbau)
Herr Zunft	(FB Planen und Stadtentwicklung)
Herr Wescher	(FB Steuerung, Personal- und Zentrale Dienste)
Herr Wilshusen	(FB Steuerung, Personal- und Zentrale Dienste)
Frau Fenske	(FB Steuerung, Personal- und Zentrale Dienste)

### **Presse:**

Herr von Meding	(HAZ)
Herr Altwig	(NP)
Herr Wismann	(Lindenspiegel)

### **Tagesordnung:**

#### I. GEMEINSAME SITZUNG

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE  
(nur zu Tagesordnungspunkten)
3. Fortsetzung der A N H Ö R U N G gem. § 35 der Geschäftsordnung des Rates zum THEMA: Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich der Ihme  
Eingeladen sind: Herr Eggelsmann (Harzwasserwerke GmbH) und Herr Bellin (NLWKN Hildesheim)
4. I N F O R M A T I O N E N der Verwaltung zum Hochwasserschutz
5. Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen in der Landeshauptstadt Hannover, Teilmaßnahme Vorlandabgrabungen an der Ihme  
(Drucks. Nr. 0293/2008 N1 mit 2 Anlagen)

## I. GEMEINSAME SITZUNG

### TOP 1.

#### **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung**

**Bezirksbürgermeisterin Eick** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit für den Stadtbezirksrat Mitte fest.

**Bezirksbürgermeisterin Knoke** eröffnete ebenfalls die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit für den Stadtbezirksrat Linden-Limmer fest. Zur Tagesordnung wies **Bezirksbürgermeisterin Eick** auf die Neufassung der Drucksache Nr. 0293/2008 hin. Die so vorliegende Tagesordnung wurde vom Bezirksrat Mitte und vom Bezirksrat Linden-Limmer einstimmig bestätigt.

### TOP 2.

#### **EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE (nur zu Tagesordnungspunkten)**

**Die Einwohnerfragestunde wurde in der Zeit von 19.10 Uhr bis 19.45 Uhr durchgeführt.**

Mehrere Einwohner/Innen trugen Ihre Bedenken zum Hochwasserschutz, insbesondere zu den geplanten Abgrabungen vor.

Folgende Kritikpunkte wurden dabei angesprochen:

-Zweifel an der Wirksamkeit der Maßnahme, da sich der Wasserspiegel durch die Abgrabungen nicht wesentlich verändert und ein Jahrhunderthochwasser nur mit geringer Wahrscheinlichkeit eintritt

- Kritik an der Entfernung des vorhandenen Baumbestandes und Art und Umfang der Ausgleichsmaßnahmen; Bewertung des Baumbestandes/Zerstörung der Lebensqualität
- Verhältnismäßigkeit des finanziellen Aufwandes zur Effektivität der Maßnahme
- Sinnvolle Maßnahmen im Rahmen eines Landeshochwasserschutzplanes unter Einbeziehung des Landes Niedersachsen
- Fehlende Prüfung alternativer Lösungen
- Situation des Jugendzentrums Glocksee und Abriss des Glockseeforts
- Notwendigkeit der Maßnahme in einem Naherholungsgebiet mitten in der Stadt/Ausweisung eines Überschwemmungsgebietes in der Stadt
- Schutz der anliegenden Gebäude/ Problematik der feuchten Keller/Entschädigungszahlungen
- Funktionen der Talsperren im Harz
- Flankierende Maßnahmen außerhalb des Stadtgebietes
- Schädlicher Boden im Bereich des Ihmeufers

### TOP 3.

**Fortsetzung der A N H Ö R U N G gem. § 35 der Geschäftsordnung des Rates zum THEMA: Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich der Ihme**  
**Eingeladen sind: Herr Eggelsmann (Harzwasserwerke GmbH) und Herr Bellin (NLWKN Hildesheim)**

**Bezirksbürgermeisterin Eick** wies darauf hin, dass die eingeladenen Experten vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz aus terminlichen Gründen absagen mussten.

**Bezirksratsherr Gerberding** gab zu Protokoll, dass der Umweltminister des Landes Niedersachsen gesagt haben soll, dass seine Mitarbeiter nicht zu Stadtbezirksräten gehen und hierüber solle eine Klärung durch den Oberbürgermeister herbeigeführt werden.

#### Protokollhinweis:

Die Einlassung von Bezirksratsherrn Gerberding wurde an das Büro des Oberbürgermeisters weitergeleitet.

**Bezirksbürgermeisterin Eick** begrüßte Herrn Eggelsmann von den Harzwasserwerken und Herrn Windeler von der Region Hannover.

**Herr Eggelsmann** informierte unterstützt durch eine Powerpoint - Präsentation über die Westharztalsperren und den daraus entstehenden Hochwasserschutz am Beispiel des Septemberhochwassers 2007 (eine Zusammenfassung der Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt).

**Bezirksratsherr Albrecht** meinte, dass es sich bei dem Jahr 2007 um ein außergewöhnliches Jahr gehandelt habe. Es sei verdeutlicht worden, dass die Talsperren nicht nur die Aufgabe der

Rückhaltebecken im Sinne des Hochwasserschutzes hätten, sondern auch der Trinkwasserbevorratung dienen. Daher sei es verständlich, dass nicht das gesamte Wasser vor dem Winter abgelassen werde.

Das Hochwasser im September 2007 sowie auch andere Hochwasser hätten nicht nur den Harz direkt, sondern auch das Leinetal betroffen. Daher sei es von Interesse, wie groß der Anteil des Hochwasserschutzes sei, der durch die Talsperrenbewirtschaftung bewirkt werden könne und ob es eine Zusammenarbeit der Harzwasserwerke mit dem Leineverband bezüglich des Hochwasserschutzes gebe.

**Herr Eggelsmann** verdeutlichte, dass man die Größe prozentual an der Fläche ausmachen könne. Bis zum Pegel Herrenhausen werde rund 4% der Fläche durch die Harzwasserwerke bewirtschaftet. Abflusstechnisch stelle es sich aber so dar, dass es beispielsweise im September einen Zufluss von 150 m<sup>3</sup> pro Sekunde gegeben habe und in Herrenhausen in der Spitze 370 m<sup>3</sup> pro Sekunde durchgeflossen seien, daher werde ein großer Teil des Wassers in den Talsperren zurückgehalten.

Es bestehe ein permanenter enger Kontakt zu den Kollegen des NLWKN und dadurch würden z.B. auch Abflusswellen zu bestimmten Zeitpunkten vermieden.

**Bezirksratsherr Gerberding** äußerte, dass die Odertalsperre im Sommer fast leer gelaufen sei und es stelle die Frage nach den Auswirkungen zum Hochwasserschutz für Hannover, wenn eine zusätzliche Talsperre zwischen Odertalsperre und Sösetalsperre errichtet werden würde. Außerdem wollte **Bezirksratsherr Gerberding** wissen, ob das Harzer Wasserregal Staumöglichkeiten für das Harzwasser habe.

**Herr Eggelsmann** erwiderte, dass das Hochharzer Wasserregal aus 65 Teichen und einem umfangreichen Grabensystem bestehe. Ein geringer Anteil diene auch als Speicherraum für den Hochwasserschutz, vor allem im Bereich der Innerstetalsperre.

Eine Talsperre im Siebertal sei geplant worden, aber aus politischen Gründen sei es nicht zum Bau gekommen.

**Bezirksratsherr Haude** sagte, dass im Zuge des Klimawandels davon ausgegangen werden müsse, dass man künftig im verstärkten Maße mit wetterextremen Hochwassersituationen zu tun habe. Daher werde die Frage an die Experten gestellt, was notwendig sei, um den Extremsituationen entgegen wirken zu können und mit diesen auch umgehen zu können.

**Herr Eggelsmann** antwortete, dass er (Sprecher) nur für die Harzwasserwerke antworten könne. Die Betriebspläne der Wasserwerke funktionierten hervorragend, so dass das Wasser des gesamten letzten Jahrs in den Talsperren gespeichert werden konnte. Nur in der Innerstetalsperre sei es zu einer erhöhten Abgabe gekommen. Zur Beurteilung des Klimawandels sei die Betrachtung langer Zeitreihen erforderlich. Die Ergebnisse würden dann letztendlich wieder in neue Betriebspläne einfließen.

**Bezirksratsherr Haude** fragte konkret, ob durch Rückhaltebecken als Hauptmaßnahme zum Hochwasserschutz Extremhochwassern entgegen gewirkt werden könne oder ob die Maßnahme, wie sie die Landeshauptstadt plane (Auflösen eines Pfropfens) notwendig sei.

**Herr Eggelsmann** führte aus, dass er die Maßnahme der Landeshauptstadt so nicht beurteilen könne. Hätte man mehr Rückhaltebecken im Harzvorland gehabt, hätte sich die Situation in einigen Bereichen anders dargestellt. Letztendlich sei aber eine überregionale Betrachtung der Problematik erforderlich.

Auf eine Anfrage von **Bezirksratsherrn Engelke**, ob auch andere Städte in Niedersachsen in der Stadt Abgrabungen für den Hochwasserschutz vorgenommen hätten, bemerkte **Herr Eggelsmann**, dass in Hildesheim ähnlich verfahren worden sei. **Herr Windeler** ergänzte, dass

die Gemeinde Gronau einen Hochwasserumfluter in Form einer Auskiesung im Stadtgebiet angelegt habe.

**Bezirksratsherr Grube** fasste zusammen, dass die Harzwasserwerke mit den vorhandenen Mitteln und den Ausnutzungen der Ressourcen nichts tun könnten, was die Hochwasserlage in Hannover verbessern würde.

Der Betriebsplan werde offensichtlich nur in sehr großen Abständen angepasst. Auf Grund des Klimawandels und der damit verbundenen Auswirkungen müsste dieser unmittelbar angepasst werden.

Eine Betrachtung eines Fünfjahreszeitraumes sei viel zu kurz, erwiderte **Herr Eggelsmann**. Es habe z.B. im Winter 2005/2006 2 Meter Schnee gegeben, der von den Dächern geschaufelt werden musste. Diesen Winter gab es keinen Schneefall. Selbst wenn man hier noch zwei Jahre dazu nehmen würde, könne man sich aus den Daten keinen Überblick verschaffen.

**Bezirksratsherr Frank** fragte, warum es am Abfluss der Innerste vor Hildesheim kein Rückhaltebecken gebe. Dies würde doch die Hochwassergefahr in der Landeshauptstadt beträchtlich mildern.

Dies könne abschließend nicht beantwortet werden, meinte **Herr Eggelsmann**. Hier seien die Kollegen vom NLWKN gefordert.

**Bezirksratsherr Albrecht** informierte, dass es seit 1961 den Aller-Leine-Oker Plan gebe, in dem die Rückhaltebecken alle ursprünglich eingeplant worden seien. In der Vollendung sei aber nur Salzderhelden übrig geblieben. Die Errichtung der Rückhaltebecken sei jeweils Vorort aus politischen Gründen gescheitert.

Insoweit sei es interessant zu erfahren, inwieweit im Bereich der Region noch Rückhaltebecken geplant werden könnten.

**Herr Windeler** antwortete, dass der Aller-Leine-Oker Plan als Hochwasserschutzplan in den 50er Jahren aufgestellt und Ende der 60er Jahre dann begraben worden sei. Nördlich an der Leine waren aber keine Rückhaltebecken vorgesehen.

Für einen sinnvollen Hochwasserschutz müssten Rückhaltebecken in der Größe von Salzderhelden geplant werden, also mit einem Inhalt von 37 Million Kubikmetern.

Diese Flächen stünden so nicht zur Verfügung, denn das Leinetal sei dicht besiedelt.

**Bezirksratsherr Albrecht** fragte, inwieweit es sinnvoll sei, wenn sich die Stadt Hannover dem Leineverband anschließe. **Herr Windeler** entgegnete, dass der Leineverband ein gesetzlicher Unterhaltungsverband sei und die Aufgabe habe, die Leine und eine Reihe von Nebengewässern zu pflegen. Das Gebiet sei zugewiesen und ende in Pattensen.

Es sei nicht einzusehen, warum die Stadt Hannover aus eigener Kraft 25 Million Euro aufbringen müsse, um in einem dicht besiedelten Stadtgebiet Abgrabungen vorzunehmen, die auch noch ein Naherholungsgebiet zerstören würden, erörterte **Bezirksratsherr Gerberding**. Es gebe seit Oktober 2007 eine EU-Richtlinie, wonach Hochwasserschutz länderübergreifend sei und es gebe auch entsprechende EU-Fördergelder.

**Herr Windeler** teilte mit, dass der NLWKN bei einem technischen Regionalgespräch gesagt habe, dass das Land beginnend in 2008 ein Hochwasserschutzplan nach Nds. Wassergesetz aufstellen werde. Dies seien überregionale Planungen unter Einbindung der EU-Hochwasserrichtlinie.

Diese Antwort komme zu spät, meinte **Bezirksratsherr Grube**. Es stelle sich die Frage, warum immer nach dem Land gerufen werde, wenn es darum gehe, Regelungen zu finden, die mit der Nachbarkommune leicht durchgeführt werden könnten. In Niedersachsen gebe es so genannte Flusskonkurrenzen an der Weser und der Elbe. Diese finden auch ohne Vorschriften des Landes Niedersachsen statt. Fraglich sei, ob Hannover eine Marionette der Landesregierung sei und man nur nach Anweisungen und Vorgaben arbeiten könne.

Das Hochwasserproblem sei erst nach dem Elbehochwasser 2002 in der Region in das Bewusstsein gebracht worden, antwortete **Herr Windeler**. Von daher sei die Problematik relativ neu in der Diskussion.

**Bezirksratsherr Haude** führte aus, dass die Landeshauptstadt natürlich alleine tätig werden könne, aber es sei Landesaufgabe, ein abgestimmtes Hochwasserschutzkonzept zu erarbeiten. Dies sei nicht erfolgt und das sei auch einer der Hauptkritikpunkte. Die Landesregierung habe es bisher nicht geschafft, mit einer konsequenten Klimaschutzpolitik die Ursachen der Hochwasserproblematik anzugehen und habe auch keine Maßnahmen eingeleitet, um den Folgen zu begegnen. Selbst die Kosten des Hochwasserschutzes würden auf die Kommunen abgewälzt.

#### **TOP 4. I N F O R M A T I O N E N der Verwaltung zum Hochwasserschutz**

**Herr Pohl** wies darauf hin, dass es einen politischen Beschluss des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Verbesserung des Hochwasserschutzes gebe. In diesem Grundsatzbeschluss seien drei Teilmaßnahmen genannt, der Neubau der Benno-Ohnesorg-Brücke, Abgrabungen im Bereich der Ihme sowie Deichverlängerungen in Ricklingen. Die Baubeginndrucksache zur Benno-Ohnesorg-Brücke sei bereits beschlossen worden und die vorbereitenden Bauarbeiten liefen bereits. Heute gehe es um die Gestaltungsplanung für die Abgrabungen, die Grundlage für die Planfeststellung sein sollen. Die Planfeststellungsbehörde sei dabei das Land Niedersachsen, vertreten durch das NLWKN. Bevor angefangen werde zu bauen, werde noch eine Baubeginndrucksache in die politische Beratung gehen.

**Herr Pohl** informierte sodann im Sinne der als Anlage 2 beigefügten Präsentation.

**Frau Bergerstock** stellte die in der Präsentation dargestellten Varianten zu den Abgrabungen vor. Verwaltungintern sei die Variante 4 "Die Ihmeterrassen" zur weiteren Bearbeitung ausgewählt worden.

**Bezirksratsherr Gerberding** sagte, es wäre wünschenswert gewesen, die hydraulischen Unterlagen etwas eher zu erhalten. Die Anhörungen hätten nicht zu der Erkenntnis geführt, dass die geplanten Abgrabungen zu dem beabsichtigten Erfolg führen. In der Drucksache werde von einem Schiffsanleger gesprochen und daher sei fraglich, ob beide Anleger erhalten bleiben. Auch stelle sich die Frage nach dem durch den Bezirksrat geforderten Bolzplatz. Im Zuge eines rot-grünen Haushaltsbegleitantrages sei beschlossen worden, dass die Ausgleichsmaßnahmen für das UJZ Glocksee an dieser Stelle erfolgen sollen. Auch die Umweltauswirkungen durch das Entfernen der Bäume dürften nicht außer Acht gelassen werden. Es werde darauf bestanden, dass die Ausgleichsmaßnahmen für die Bäume, falls die Maßnahme umgesetzt werde, im Bereich der Ihme stattfinden.

**Bezirksratsherr Grube** kritisierte die Darstellung des Vortrages und bemerkte, dass schwere Mängel in der Erarbeitung der Drucksache, insbesondere in der Beteiligung der Gremien vorliegen.

Eigentlich werde einvernehmlich mit der Verwaltung diskutiert und eine Bürgerbeteiligung praktiziert. **Bezirksratsherr Grube** verdeutlichte seine Kritik anhand von Beispielen.

**Herr Pohl** berichtete zum Thema Schiffsanleger, dass im Gebiet der Abgrabungen ein Schiffsanleger vorgesehen sei.

Der Verwaltung sei bewusst, dass sich der Bezirksrat ein Bolzplatz in diesem Bereich für die Calenberger Neustadt gewünscht habe, sagte **Frau Bergerstock**. Zu den anliegenden Häusern müsse jedoch ein Mindestabstand eingehalten werden. Die letzte Verabredung sei, dass im mittleren Bereich der Fläche häufiger gemäht werde, so dass die Kinder Ball spielen können. Tore seien nicht aufgestellt worden, da dann eine Baugenehmigung benötigt werde und es im Hinblick auf die Abgrabungen eine verlorene Investition gewesen wäre.

**Herr Pohl** ergänzte, dass die Verwaltung versuche, die Ausgleichsmaßnahmen in dem Bereich vorzunehmen. Primäres Ziel sei es natürlich in dem betroffenen Bereich eine entsprechende Qualität herzustellen.

**Bezirksratsherr Meyer** bemängelte, dass eine einzigartige Naturlandschaft inmitten der Stadt zerstört werde. Außerdem stellen sich die Fragen, warum die Planungsvarianten erst heute vorgestellt werden und warum es keine Bürgerbeteiligung gebe.

Außerdem sei immer noch nicht geklärt, was südlich der Benno-Ohnesorg Brücke mit dem Gebäude der BBS 6 passiere. Auch seien die Kosten eines Jahrhunderthochwassers nirgendwo dargestellt worden. Die Drucksache sei ein Stückwerk, ein durchgehender Hochwasserschutz sei nicht erkennbar. Die Kleingärten in Limmer und Herrenhausen sowie die Sportplätze stünden mehrmals im Jahr unter Wasser und die Verwaltung berücksichtige diese Tatsache überhaupt nicht.

**Bezirksratsherr Dr. Hahn** stellte fest, dass die Verwaltung hier doch sehr massive Eingriffe plane. Auf der anderen Seite müsse natürlich ein vernünftiger Hochwasserschutz erarbeitet werden. Für den einmaligen Fall des HQ 100 sollen 13 Million Euro verbuddelt werden, um den Wasserspiegel 40 cm zu senken. **Bezirksratsherr Dr. Hahn** fragte die Verwaltung, ob hier auch alternative Maßnahmen betrachtet worden seien. In Köln gebe es z.B. Mauern, die bei Hochwasser hochgezogen werden. Auch die Fragen nach dem Ergebnis der Bodenproben und den Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel seien noch nicht beantwortet worden.

**Bezirksratsherr Engelke** griff eine Frage aus dem Publikum auf und wollte wissen, ob es Planungen für weitere Abgrabung an andere Stelle gebe.

**Bezirksratsherr Gerberding** warf die Frage auf, was allgemein mit dem Bodenaushub geschehe.

Zum Verfahren sei zu klären, ob die Verwaltung auf die 8-Wochenfrist bestehe, da der Bezirksrat Mitte im März keine Sitzung habe und eventuell noch Beratungsbedarf bestehe.

**Herr Pohl** erwiderte, dass bezüglich der BBS 6 Gespräche mit der Region geführt werden. Derzeit arbeite die Region an einen Schulentwicklungsplan, der Ende dieses Jahres für den Standort fertig sein soll.

Zu den Kosten eines HQ 100 könne die Verwaltung keine Einschätzungen geben. Bei der Gefahrenabwehr könne nicht vorausgesagt werden, ob der Fall tatsächlich eintrete. Die Verwaltung arbeite allerdings auf Grundlage eines Ratsbeschlusses, die Maßnahmen für ein HQ 100 umzusetzen.

Zum Thema mobiler Hochwasserschutz wie in Köln sei anzumerken, dass es sicherlich Möglichkeiten gebe. Konkret habe sich die Verwaltung aber für die vorliegende Alternative entschieden.



Zum Thema Altlasten führte **Herr Pohl** aus, dass im nördlichen Bereich des Planungsgebietes sich ein ehemaliger Gaswerkstandort befinde. Hier werde derzeit ein Sanierungsplan erstellt, wie mit dem Boden umgegangen werden müsse.

Zum Grundwasserspiegel sei zu sagen, dass durch die Absenkung des Wasserspiegels bei einem Hochwasser ein geringerer Druck auf den Untergrund ausgeübt werde. Daher werden nicht mehr Beeinträchtigungen, als sie jetzt bei Hochwasser vorliegen, erwartet.

Weitere Pläne zu Abgrabungen im Stadtgebiet seien ihm (Sprecher) nicht bekannt.

Sollte zur Drucksache Beratungsbedarf bestehen, könne die Drucksache in die Fraktion gezogen werden.

**Bezirksratsherr Haude** stellte für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bezirksrat Mitte fest, dass grundsätzlich etwas für den Hochwasserschutz getan werden müsse. Aber die geplante Maßnahme sei ein massiver Eingriff in die Natur und es dauere Jahre, bis die natürlich bewachsene Zone, die man jetzt im Ihmebereich habe, wieder hergestellt werde.

Daher fragte **Bezirksratsherr Haude**, ob die Verwaltung auch Eingriffsvarianten geprüft habe, wo weniger in den natürlich bewachsenen Bestand eingegriffen werden müsse.

**Bezirksratsherr Grube** erinnerte daran, dass die Verwaltung sich zwar auf den Ratsauftrag aus Drucksache Nr. 1242/2006 beziehe, der beschlossene Zusatzantrag des Stadtbezirksrat Linden-Limmer aus Drucks.Nr. 15-1397/2007 aber vernachlässigt werde. Die Verwaltung habe dem Antrag entsprochen und er (Sprecher) wolle diesen verlesen:

„Die Vergrößerung des Abschlussquerschnitts wird durch den Neubau der Benno-Ohnesorg-Brücke mit einer lichten Weite von ca. 63 m und mit Abgrabungen an der Sohle und mit Abgrabungen im östlichen Uferbereich der Ihme erreicht, soweit dies möglich ist, ohne das Landschaftsbild des Ihmeufers wesentlich zu beschädigen, insbesondere ohne größere Abholzungsmaßnahmen im Uferbereich vorzunehmen, und sofern gewährleistet ist, dass dadurch nicht die Überschwemmungsgefahr flussabwärts in Linden-Nord und Limmer vergrößert wird.“

Auch widerspreche sich die vorliegende Drucksache. Eine möglichst landschaftsschonende und umweltgerechte Planung könne nicht mit der Entfernung der Mehrzahl der Gehölze in Einklang gebracht werden.

**Bezirksratsherr Albrecht** zeigte sich überrascht über die vorgelegten Pläne und fragte, warum mit den Planungen nicht mehrere Büros beauftragt worden seien und kein entsprechender Wettbewerb stattgefunden habe. Dies sei doch sonst das übliche Verfahren.

Auch sei die Frage der Vernässung der Keller der anliegenden Gebäude durch die Entfernung der Bodenmasse nicht plausibel erklärt worden.

Im Übrigen sei festzustellen, dass offensichtlich noch Beratungsbedarf bei allen Fraktionen bestehe. Man dürfe jedoch Eines nicht unterschätzen. Bei allen Gegenrechnungen zu den Kosten eines HQ 100 müsse deutlich sein, dass der materielle Schaden nicht das Entscheidende sei. Beim HQ 100 gehe es auch um Menschen, die bei den Flutmassen ums Leben kommen könnten. Der Hochwasserschutz müsse bei allen Bedenken im Vordergrund stehen. Daher müsse ein abgewogener Beschluss gefunden werden, der dem Hochwasserschutz und auch den betroffenen Anliegern gerecht werde.

Auf Grund einer Nachfrage von **Bezirksratsherrn Gerberding** und den Ausführungen von **Herrn Wilshusen** und **Herrn Wescher** hinsichtlich der 8 Wochen-Frist erklärte **Herr Pohl**, dass eine Behandlung der Drucksache in der April-Sitzung des Stadtbezirksrates Mitte ausreichend sei.

**Bezirksratsherr Grube** fragte, ob mit Einleitung des Planfeststellungsverfahrens die Gremien im weiteren Verfahren nicht mehr zu beteiligen seien und wie der weitere Ablauf innerhalb des Verfahrens hinsichtlich der nicht geklärten Punkte sei.

**Frau Bergerstock** verdeutlichte, dass andere Varianten mit verschiedenen Schnitten an den Plänen des Hydraulikers von der Verwaltung diskutiert worden seien. Die eigentliche Frage sei, wie man es schaffe, das Abgrabungsvolumen zu erreichen, um das Profil aufweiten zu können und welche Konsequenzen für die angrenzenden Bereiche entstehen. Die vorgelegte Variante sei von der Verwaltung dann favorisiert worden.

**Herr Pohl** meinte, dass das Thema Grundwasser im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens mit aufgearbeitet würde. Auch nach Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses könne z.B. die detaillierte Ausgestaltung des Spielplatzes noch diskutiert werden. Durch den Beschluss werde nur die betroffene als Spielplatzfläche ausgewiesen.

Zur Wettbewerbsfrage erklärte **Frau Bergerstock**, dass es von der Planungsvorgabe abhängen würde, ob ein Wettbewerb sinnvoll sei. Hier liege die besondere Situation vor, dass es nicht nur um eine Gestaltungsplanung gehe, sondern auch die Überprüfung der hydraulischen Umsetzbarkeit im Vordergrund stehe. Hier sei ein Wettbewerb dann auch für die Jury ein sehr aufwendiges Verfahren.

Zum Verfahren erklärte **Bezirksratsfrau Mc Court**, dass im Planfeststellungsverfahren die Anwohner und Beteiligte zum Vorhaben befragt werden.

**Herr Pohl** ergänzte, dass über die Gestaltung im Detail heute nicht beschlossen werden müsse, da dies noch nach dem Planfeststellungsbeschluss gehe.

Außerdem werden auch noch die Betroffenen und die Träger öffentlicher Belange im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens gefragt. Das Land müsse dann abwägen und eine Entscheidung treffen.

## **TOP 5.**

### **Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen in der Landeshauptstadt Hannover, Teilmaßnahme Vorlandabgrabungen an der Ihme (Drucks. Nr. 0293/2008 N1 mit 2 Anlagen)**

**Bezirksratsherr Engelke** hob hervor, dass der Rat beschlossen habe, dass etwas zum Hochwasserschutz passieren müsse. Bei allen ungeklärten Fragen, die in der Diskussion aufgeworfen worden seien, dürfe man nicht vergessen, dass es um den Schutz des Menschen gehe. Sollte bei einem Hochwasser die Calenberger Neustadt, Ricklingen oder Linden unter Wasser stehen und sei ein solcher Beschluss dann nicht gefasst worden, stehe die Verwaltung auch in der Kritik.

Andererseits sei Hannover eine Stadt im Grünen. Dass jetzt in einem dicht besiedelten Gebiet in die Grünflächen eingegriffen werde, kann auch nicht befürwortet werden.

Es könne nicht nachvollzogen werden, dass hier nur ein Planungsbüro und ein Hydrauliker beauftragt worden sei. Es gebe bestimmt noch andere Planer mit anderen Lösungsmöglichkeiten. Hier müsse von der Verwaltung nachgebessert werden.

Trotzdem solle die Drucksache nicht blockiert werden, da die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die Politik zum Hochwasserschutz tätig werde. Die detaillierte Planung sei auch noch nach dem Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses möglich.

Die FDP-Fraktion würde der Drucksache heute zustimmen, damit es endlich weiter gehe.

Antrag,  
dem Einleiten der Planfeststellung für die Vorlandabgrabungen, wie in der Begründung  
dargestellt, zuzustimmen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Für die o. g. Teilmaßnahme sind in der MifriFi 2007 – 2011 Mittel vorgesehen:  
HMK 6040.007-950100 Hochwasserschutz, Vorlandabgrabungen, 13,0 Mio. Euro

Mittelfreigabe und Baubeginn werden nach der Planfeststellung in einer gesonderten  
Drucksache zur Beschlussfassung vorgelegt.

**STBR 01 Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen**

**STBR 10 Auf Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Fraktion gezogen**

**Bezirksbürgermeisterin Eick** schloss die Sitzung für den Stadtbezirksrat Mitte und  
**Bezirksbürgermeisterin Knoke** für den Stadtbezirksrat Linden-Limmer um 22.35 Uhr.

für die Niederschrift

Eick  
Bezirksbürgermeisterin

Wilshusen  
Koordinator

Fenske  
Sachbearbeiterin

---

**ERGÄNZUNG**

**ZUR KENNNTNIS I:**

**DER STADTBEZIRKSRAT (STBR) 01 - MITTE** hat den Antrag in der nachfolgenden  
Sitzung am 14.04.2008 behandelt und mit einem Änderungsantrag eigene Akzente gesetzt  
und beschlossen mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung (in der durch  
Beschluss zu Drucks.Nr.15-0936/2008 geänderten Form) >>>Änderungsantrag siehe  
Anhang

**DER STADTBEZIRKSRAT (STBR) 10 LINDEN – LIMMER** hat den Antrag in der nach-  
folgenden Sitzung am 02.04.2008 behandelt und mit einem Änderungsantrag eigene  
Akzente gesetzt und beschlossen mit 14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung  
(in der durch Beschluss zu Drucks.Nr. 15-0820/2008 geänderten Form) >>> Änderungs-  
antrag siehe Anhang

**ZUR KENNNTNIS II:**

**DIE VERWALTUNG DER LHH** hat daraufhin dem Rat vorgeschlagen dem  
Änderungsantrag des STBR 10 Linden – Limmer (DS 15-0820/2008) **nicht zu folgen** und  
dem Änderungsantrag des Stadtbezirksrat (STBR) 01 - Mitte (DS 15-0936/2008) **zu folgen!**

**DER RAT DER LHH** hat schließlich diese Sichtweise übernommen und die Drucksache  
behandelt und beschlossen am

**05.05.2008: im Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen: Einstimmig**

**07.05.2008: im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss: Einstimmig**

**22.05.2008: im Verwaltungsausschuss: Einstimmig**